express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Viel Schrecken und ein Hoffnungsschimmer

AG Wahlbeobachtung zu den Landtagswahlen 2026

In: ***express*** *10/2026*

Drei mit Spannung erwartete Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern sowie Berlin schlossen das Wahljahr 2026 ab. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hatten als erste Stimmungstests nach der Bundestagswahl 2025 gezeigt, dass sich die AfD weiter auf hohem Niveau stabilisiert. In Sachsen-Anhalt kündigte sich an, dass die Rechtsextremen erstmals in die Nähe einer Regierungsübernahme kämen. Am Ende reichte es der AfD am 6. September zwar nicht zur absoluten Mehrheit, doch bleibt das Amt des Ministerpräsidenten in Reichweite. Der erste Test verlief am 6. Oktober für die AfD mit der Wahl des Landtagspräsidenten dank BSW und mehrerer, vermutlich zur Unionsfraktion gehörender Unterstützer erfolgreich. Das Label »gesichert rechtsextrem« schreckt einen guten Teil der Wähler:innen und Mandatsträger:innen offenbar nicht ab.

Die Wahlen am 20. September in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sorgten dafür, dass immerhin ein Volldesaster vorerst abgewehrt wurde. Der Wahlerfolg der Linken in Berlin eröffnete erstmals die Chance, eine rot-grün-rote Koalition unter linker Führung zu bilden. Ob es der Linken am Ende gelingt, ihre fatale Entscheidung, im Kabinett Wowereit II 2004 dem Verkauf städtischen Wohnungseigentums zugestimmt zu haben, zu korrigieren, bleibt offen.

Eine Partei, die eine relative Mehrheit im Abgeordnetenhaus stellt und zu deren Programm es gehört, den Volksentscheid zur Enteignung der Deutsche Wohnen umzusetzen, ließ große Teile des bürgerlichen Lagers jede Contenance verlieren. Der Druck auf Grüne und SPD auch aus ihren Bundesparteien, am Ende doch wieder mit der CDU zu koalieren, ist enorm. Die Sondierungen für eine Koalition werden entsprechend kritisch begleitet. Die Özdemirs und Klingbeils wünschen sich ein Scheitern der Verhandlungen. Eventuell, darin besteht die Ironie, könnte das umstrittene Verbot von Vergesellschaftung, wie es Union und SPD im Bundestag betreiben, erstmal einen wichtigen Stolperstein einer zukünftigen rot-grün-roten Regierung aus dem Weg räumen. Ein neuer Senat könnte sich zunächst auf leichter umsetzbare Teile eines gemeinsamen Regierungsprogramms konzentrieren. Die mögliche Verfassungswidrigkeit des angekündigten Sozialisierungsverbots durch Bundesrecht wäre zunächst in einer auf viele Jahre andauernden gerichtlichen Auseinandersetzung zu klären, ebenso die Entschädigungshöhe im Falle einer Vergesellschaftung.

In Mecklenburg-Vorpommern werden die Linken zusammen mit SPD und Grünen weiter an der Landesregierung beteiligt sein. Die Wahl hier stand im Schatten der Wahlkampagne von Manuela Schwesig, die den Wahlkampf als »Frau gegen Blau« ganz auf ihre Person und die Frage SPD oder AfD zuspitzte. Dass die SPD am Ende den Rückstand zur AfD deutlich verkleinern konnte, lag nicht zuletzt an Schwesigs demonstrativer Distanz zur Bundespartei und deren Sparpolitik. Größter Kollateralschaden war das historische Scheitern der CDU an der Fünf-Prozent-Hürde.

Deutschland im Rechtsdrall

Dass die AfD bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl 2025 »nur« um 1,2 Punkte auf 16,3 Prozent steigern konnte ist, ist nur deshalb eine

Meldung, weil die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt (ST) und Mecklenburg-Vorpommern (MV) mit 43,8 Prozent bzw. 38,2 Prozent AfD-Anteil zeigten, was mittlerweile für die Partei erreichbar ist. Die AfD hat sich dabei weiter inhaltlich und rhetorisch radikalisiert und insbesondere in Sachsen-Anhalt auch ihre Performance modernisiert.

Nicht alle Details in den Programmen der AfD mögen von den Wähler:innen gelesen sein. Die wesentlichen Punkte liegen aber offen und werden von den Wähler:innen gebilligt oder für gut befunden. Die Verwerfungen und Auseinandersetzungen um die Austeritätspolitik der Bundesregierung werden zwar in der AfD-Propaganda bewirtschaftet, die Partei nimmt dabei aber keine Verteidigungsposition für den Sozialstaat ein. In einer jüngeren Studie von Floris Biskamp zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD wird angemerkt: »Die AfD steht für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ihren eigenen Wähler:innen ökonomisch mehr schaden als nutzen würde. Die Analyse von Wähler:innendaten spitzt das Paradox zu: Die AfD-Wähler:innen wissen um die entsprechenden Positionen ihrer Partei und befürworten diese. Wenn andere Parteien diese Wähler:innen durch linke Sozialpolitik mobilisieren wollten, müssten sie sie zunächst davon überzeugen, dass wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und Sicherung überhaupt etwas Wünschenswertes sind, von dem die Wähler:innen selbst profitieren würden.«[1]

Die AfD etabliert Gerechtigkeitsvorstellungen, die auf den Vorrang von Deutschen in den Leistungssystemen abheben. Wer in die Sozialsysteme »einwandert« oder nicht als leistungsbereit und produktiv wahrgenommen wird, soll perspektivisch von allen Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Die Partei kann dabei an produktivistische Vorstellungen von Sozialmoral anknüpfen, die auch außerhalb der AfD vertreten werden und bis in die sozialdemokratische Rhetorik der »hart Arbeitenden« reichen. Finanzminister Lars Klingbeil vertrat im ZDF-Sommerinterview vom 17. August 2025 die Position, die SPD habe sich »zu stark auf das Bürgergeld konzentriert« – und dabei angeblich jene Menschen zu wenig berücksichtigt, »die morgens fleißig aufstehen.« Allein: die Abschaffung des erst vor wenigen Jahren von ihr selbst als Teil-Korrektur der Hartz-Gesetze eingeführten Bürgergelds half der Partei am Ende nicht.

Rassismus ist konstituierend für die AfD und ihre Wählerschaft. In Mecklenburg-Vorpommern waren laut Nachwahlbefragungen 88 Prozent der AfD-Wähler:innen besorgt, dass »mittlerweile so viele fremde Menschen in Deutschland leben.« Auch eine gerade beschworene »antifaschistische« linkskeynesianische Wirtschaftspolitik, sollte sie überhaupt kommen, würde diese Mentalität nicht unmittelbar verändern. Ohne das Einüben von Empathie durch eine demokratische Praxis, zu der auch der Respekt vor Minderheiten und Migrant:innen gehört, wird es nichts mit einer Rückholung von AfD-Unterstützer:innen an das demokratische Ufer.[2]

Wir sind überzeugt, dass die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren oder ein schlechter Nahverkehr auf dem flachen Land die Wende nach rechts alleine nicht erklärt. Bemerkenswert ist in Berlin, dass dort, wo die AfD am besten abschnitt, wie in Marzahn-Hellersdorf, das Armutsgefährdungsrisiko geringer ist als in Bezirken wie Neukölln oder Mitte.[3] Eine Gesetzmäßigkeit, dass die AfD von (objektiv) schlechter sozialer Lage profitiert, gibt es nicht. Auch wer wenig Geld hat, muss nicht am rechten Rand das Kreuzchen machen. Die Abwertung anderer Menschen als Identitätsprothese hat eine eigene Attraktivität. Thesen wie die von Loren Balhorn im *Jacobin* vom 7. September 2026, dass es eine fehlende »Fundamentalopposition« von links sei, die die »weiterverbreitete Wut« zu einer rechtsextremen Partei gelenkt habe, halten wir für naiv. Denn die rechtsextreme Wut wird nicht mal so eben nach links umzuleiten sein, wie die Parteivorsitzenden der Linken Schwerdtner und Pantisano realistisch einschätzen: »Wir werden Jahre brauchen, wenn wir die rechte Deutungshoheit in vielen Regionen zurückdrängen wollen.« (*nd* vom 11. September 2026)

---

1 Biskamp, Floris (2026): Die wirtschafts- und sozialpolitische Positionierung der AfD. Datenauswertung für das ARD-Magazin Panorama, Working Paper #6, https://uni-tuebingen.de/

2 Über die Ursachen von Autoritarismus, Rassismus, Härte und der sozialen Kälte gibt es eine lebhafte Diskussion innerhalb der Linken. Auf diese Diskussionen können wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Gerne verweisen wir hier auf den Beitrag von Jörn Boewe in dieser *express*-Ausgabe.

3 Sozialbericht 2025 des Landes Berlin: Marzahn-Hellersdorf Indexwert 19,6; Mitte Indexwert 23,7.

Was zu denken gibt: Bei allen drei Wahlen ist die Wahlbeteiligung deutlich angestiegen. Bis auf Berlin, wo auch die Linkspartei einen nennenswerten Anteil der vormaligen Nichtwähler:innen gewinnen konnte, hat die gestiegene Wahlbeteiligung vor allem der AfD genutzt.[4]

Das Parteiensystem ist ins Rutschen gekommen

Die FDP scheint längerfristig zu verschwinden. Das BSW kann sich als Querfront-Partei eventuell regional halten, wird aber bundesweit, solange ihr eine Nachzählung nicht doch noch den Einzug in den Bundestag beschert, nur eine Nebenrolle spielen. Ihr Verhalten in Sachsen-Anhalt sollte endgültig gezeigt haben, wo die Partei steht. Die AfD hat sich vorerst etabliert und wird ohne ein Verbotsverfahren, für das es bisher keine Unterstützung der Regierung gibt, auch nicht mehr verschwinden.

Union und SPD sind nur noch im Ausnahmefall in der Lage, zusammen mehr als 50 Prozent der Wähler:innen für sich zu gewinnen. Das alles gilt mit großen regionalen Unterschieden. Das knapp über der Schwelle liegende Ergebnis der SPD in BaWü und das Scheitern der CDU in MV demonstrieren, dass selbst ihre parlamentarische Existenz nicht mehr überall garantiert ist. In der Union schielen schon heute viele über die Brandmauer, die sie im EU-Parlament ohnehin längst geschliffen haben. Die SPD bleibt ratlos. Der Rücktritt von Bärbel Bas verschärft ihre Krise.

Die Grünen behaupten sich in der bürgerlichen Mitte, wenn auch im Osten nur mit Mühe und dank zahlreicher taktischer Stimmen als kultureller linksliberaler Gegenpol zur AfD-Wende. Ihr Traum von der ökologisch-liberalen Volkspartei steht außerhalb von Baden-Württemberg auf schwankendem Fundament. Sie sind vor allem auch Funktionspartei bereit, mit allen außer der AfD zu koalieren. Zugleich konkurrieren sie in den Großstädten mit der Linken.

Die Linke sollte diese Konkurrenz zur Kenntnis nehmen. Anders als die oft beschworene Arbeiterklasse sind es großstädtisch akademisch geprägte Milieus, auf die sich die Zuwächse der Partei zurückführen lassen. In Berlin hat die Linke die Schmerzpunkte des städtischen Lebens, vor allem die Miet- und Wohnungsmisere getroffen. Hinter ihrem Erfolg steht die Hoffnung (auch der meisten Grünwähler:innen), dass Elif Eralp einen von den Linken geführten Reformsenat bilden kann.[5]

Wahlen in Stadt und Land – Wahlverhalten der Geschlechter

Mit 38,2 Prozent der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern und 44,3 Prozent in Sachsen-Anhalt ist die AfD nicht nur die Partei mit den landesweit meisten Stimmen. Im ländlichen und kleinstädtischen Raum, wo ihre Wahlergebnisse noch deutlich besser sind, ist sie die dominierende und hegemoniale Kraft.

Die Dominanz der AfD in der Fläche wird am Beispiel Sachsen-Anhalt deutlich: Bei 41 Wahlkreisen bleibt die AfD nur in drei Wahlkreisen unter 30 Prozent. In 26 Wahlkreisen erzielt sie zwischen 40 und 50 Prozent und in sieben Wahlkreisen erzielt sie mehr als 50 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern hat sechs Landkreise: in vier Landkreisen erreicht sie mehr als 40 Prozent der Zweitstimmen und in zwei Landkreisen 37,8 Prozent oder 36,7 Prozent. Nur in den beiden kreisfreien Städten (Schwerin, Rostock) schneiden die Rechtsextremen unter 30 Prozent ab: in Schwerin 29,7 Prozent und in Rostock 25,5 Prozent. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land im Wahlverhalten werden beim Blick auf Berlin nochmals deutlicher.[6]

In Berlin sieht alles ganz anders aus: Anders als in Sachsen-Anhalt, wo es keine Mehrheit gegen AfD und BSW gibt, und anders als in Schwerin, wo Mitte-Links mit 47,7 Prozent nur deswegen regieren kann, weil BSW und CDU (!) knapp unterhalb von fünf Prozent geblieben sind, befinden wir uns in Berlin (fast) in einer anderen politischen Welt, wo Mitte-Links mit

4 Sachsen-Anhalt: +170.000; MV: +66.000; Berlin: +61.000.

5 Nur 17 Prozent der Grünen Wähler:innen möchten CDU-Evers als Regierenden Bürgermeister, aber 53 Prozent Elif Eralp. Der zweitstärkste Zustrom von Wähler:innen der Linken kam von vormaligen Grünen-Wähler:innen (57.000). Von den Nichtwähler:innen konnte die Linke ca. 75.000 für sich mobilisieren.

6 Einige Erklärungsversuche zu Stadt und Land geben wir im Textteil zum Wahlverhalten von Gewerkschafter:innen.

einer in diesem Lager dominierenden Linkspartei mehr als 52 Prozent der Stimmen bekommen hat. Die CDU und SPD sind hier als Volksparteien deklassiert.

In der inneren Stadt ist die AfD wahlpolitisch eine Randgröße. Dort dominieren Linkspartei und Grüne. Anders hingegen in den vormals ostdeutschen Peripheriebezirken: In Marzahn-Hellersdorf erreichen die Rechtsextremen 34,5 Prozent. In den vormals westdeutschen Randbezirken kann sich die CDU noch recht passabel behaupten, z.B. mit 29,6 Prozent in Steglitz-Zehlendorf.

In der inneren Stadt – hier am Beispiel Friedrichshain-Kreuzberg – stimmen 74,4 Prozent der Wähler:innen für Mitte-Links. Führende Kraft ist dort die Linkspartei mit 44,2 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 20,7 Prozent. Die Linkspartei erzielt selbst in den für sie schwierigen (bürgerlichen) Regionen wie Steglitz-Zehlendorf immer noch 15,1 Prozent und in dem rechts wählenden Marzahn-Hellersdorf 20,2 Prozent.

Die Linkspartei ist in denjenigen Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen überragend stark, die gleichzeitig auch grüne Hochburgen sind. Bei den Akademiker:innen wählen 28 Prozent links und 20 Prozent grün. Bei jungen Frauen bis 29 Jahren wählen 54 Prozent links, bei den Frauen zwischen 30 und 55 sind es 35 Prozent und bei der Altersgruppe zwischen 45 und 59 immer noch 20 Prozent. Grün wählen aus dieser Gruppe 19 Prozent. Bei den Wählerinnen bis 29 gibt es nur noch 10 Prozent Grünwählerinnen, was für einen Verlust gegenüber der letzten Wahl von 18 Prozent steht. Bei der Wählerinnengruppe zwischen 30 und 44 sind die Verluste mit 9 Prozent schon deutlich geringer. Hier wählen 19 Prozent der Frauen grün. Bei Wähler:innen über 45 können die Grünen bei beiden Geschlechtern leichte Zugewinne verbuchen.[7]

Bei der männlichen Wählerschaft ist die AfD in Sachsen-Anhalt mit 49 Prozent gesamt und mit 53 Prozent in der Wählergruppe zwischen 35 und 44 Jahren führend. Bei den Männern zwischen 45 und 59 wählen sogar 56 Prozent rechtsextrem. Bei den Frauen in Sachsen-Anhalt haben (nur) 39 Prozent AfD gewählt.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es einen vergleichbaren Gender Vote Gap: 44 Prozent der männlichen Wählerschaft und mehr als 50 Prozent der männlichen Wähler zwischen 45 und 59 Jahren wählen dort rechtsextrem. Frauen haben für den Schweriner Landtag (nur) mit 33 Prozent Anteil für die AfD gestimmt.

In Berlin wählen 34 Prozent der Frauen links, 16 Prozent grün und nur 14 Prozent der Berlinerinnen wählen AfD.

Die linkere Perspektive der Frauen dürfte darauf beruhen, dass sie wissen und täglich erleben, was es zu verlieren gibt, wenn Gesellschaften nach relativen Fortschritten nach rechts gewendet werden. Und sie wissen, dass noch viel zu klären ist: In Deutschland gibt es z.B. immer noch einen großen Gender Pay Gap und die Care-Arbeit ist lange noch nicht fair verteilt. Den ausgeprägteren Rechtsdrall der Männer verstehen wir als einen Geschlechterrevanchismus, in dem Männer den tatsächlichen oder gefühlten Statusverlust bearbeiten.

Wie wählen Lohnarbeitende?

Mehr als 90 Prozent der Wählerschaft in der Bundesrepublik sind bzw. waren lohnabhängig oder gehören zu einem lohnabhängigen Haushalt. In den beiden ostdeutschen Flächenländern wählen aus der Angestelltenschaft 36 Prozent (MV, Arbeiter:innen dort 44 Prozent) und 40 Prozent (ST, Arbeiter:innen dort 52 Prozent)) rechtsextrem. Bei Wähler:innnen mit sehr hoher Qualifikation (Hochschul-Abschluss), die auch überwiegend zur Gruppe der Angestellten/Beamten gehören, sind es hingegen (nur) 20 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 24 Prozent in Sachsen-Anhalt, die rechts wählen.

Der Anteil der Produktionsarbeiter:innen innerhalb der Lohnabhängigen liegt zwischen unter 12 Prozent (West) und 15 Prozent (Ost). Die Angestellten sind die dominierende Wähler:innengruppe bei den Lohnabhängigen. Das kann angesichts der Tertiarisierung der Volkswirtschaft nicht überraschen.

Die sehr hohen Wahlergebnisse unter den »Arbeiter:innen« erscheinen spektakulär und werden von der AfD als Street Credibility vereinnahmt. Der Blick auf die »Angestellten« zeigt

[7] An dieser Stelle müssen wir auf die Daten von infratest dimap zurückgreifen.

aber, dass das Problem der Landnahme der Rechtsextremen innerhalb der Lohnabhängigen breiter zu diskutieren ist. Neben der Qualifikation (die nicht automatisch mit Einkommenshöhe, sozialer Sicherheit und Stabilität des Jobs korreliert), ist es das Geschlecht, das den Unterschied macht. Fast in allen Ländern ist eine schon länger anhaltende Tendenz zu beobachten, dass Frauen in den politischen Wahlen sich sehr viel deutlicher links oder mitte-links orientieren als Männer, bei denen der Rechtsdrall sich verfestigt. Dazu kommt eine räumlich-soziokulturelle Dimension: In urbanen Räumen kann sich »Mitte-Links«[8] mehr oder weniger behaupten. In Rostock wählen 60,7 Prozent Mitte-Links und (nur) 25,5 Prozent AfD. In Halle (Stadt) wählen 44,7 Prozent Mitte-Links, 13,9 Prozent CDU und (nur) 29,9 Prozent AfD.

In Berlin ist der Rechtsdrall der unterschiedlichen Teile der Lohnabhängigen viel weniger ausgeprägt als in west- oder ostdeutschen Flächenländern. »Angestellte« wählen dort nur zu 15 Prozent AfD (Arbeiter:innen ca. 29 Prozent). Die Linkspartei hat sich für diese Wahl, für diesen Augenblick fast schon als linke Volkspartei gefunden, was aus der Zusammensetzung ihrer Wähler:innenschaft hervorgeht: 27 Prozent der Angestellten und 25 Prozent (!) der Selbständigen haben links gewählt. Bei den Arbeiter:innen (der kleinsten Gruppe der Lohnabhängigen) waren es 25 Prozent, mehr haben SPD und CDU zusammen in diesen Wähler:innengruppe auch nicht erzielt. Die AfD konnte 29 Prozent der Arbeiter:innen und nur 15 Prozent der Angestellten für sich gewinnen.

Zum Schluss: ein Blick auf die Hauptstadt

Die Linke in Berlin ist führende Partei im Mitte-Links-Spektrum, die Bildung eines Senats mit Elif Eralp als Regierende Bürgermeisterin steht auf der Tagesordnung. Natürlich kann es in Berlin nicht um Systemchange (den Aufbau des »Sozialismus in einer Stadt«) gehen, sondern um die Einleitung einer progressiven Reformpolitik in Deutschlands größter Metropole. Die parlamentarischen Mehrheiten dafür sind da und es gibt einen Vertrauensvorschuss der Stadtgesellschaft. Diese hoffnungsvolle Perspektive gerade für die (Berliner) Gewerkschafter:innen mobilisiert in sehr vielen Medien, in der CDU, mehrheitlich in der SPD und bei einigen Grünen eine sehr gehässige und hysterische Kampagne gegen die Linke, wo die absurdesten Hufeisentheorien über die Verfassungsfeindlichkeit oder den Antisemistismus in der Linken verbreitet werden. Äußerungen und Auftreten einzelner irrlichternder Mitglieder der Linkspartei werden überzeichnet und der Partei bzw. ihrer Spitzenkandidatin zugerechnet. Vor allem die Umsetzung des Volksentscheids zur Sozialisierung sehr großer Wohnungsbestände triggert Bürgertum und den größten Teil der Medienlandschaft.

Bitter ist es, dass der Antisemitismusvorwurf ohne jedes Maß und ohne Prüfung über die Linkspartei ausgekippt wird. So wird die Urteilsfähigkeit beschädigt, wirklichen Antisemitismus von rechts, in der Mitte und ja – auch den mit antiimperialistischer Grundierung – zu identifizieren und zu bekämpfen. Es ist schade, dass die Berliner Gewerkschaften am Spielfeldrand nur zuschauen und sich nicht in die Bresche für einen rot-grünen-roten Senat schlagen.

Diese irre Kampagne überlagert die tatsächlichen Herausforderungen für ein rot-grün-rotes Reformprojekt. Dessen Handlungsräume sind durch rechtliche und fiskalische Restriktionen eingeschränkt. Die politische Kunst besteht darin, im Zusammenspiel von Linken in den Institutionen mit der Zivilgesellschaft die Grenzen zu weiten und durch kluge Priorisierungen bestmöglich zu nutzen. Eine professionelle öffentliche Verwaltung wird ein Schlüsselthema sein, gerade ärmere Haushalt sind auf gut funktionierende öffentliche Dienste angewiesen.

In der sehr dynamisch gewachsenen Linkspartei gibt es bei vielen Mitgliedern und Parteigliederungen Vorbehalte gegen das Regierungsprojekt, die sich in maximalistischen Junktimsforderungen Ausdruck verschaffen. Notwendige Klärungen dazu konnten noch nicht beginnen, weil alles von der hysterischen Kampagne gegen die Linke in Berlin überlagert wird.

Die Vorarbeiten der Volksinitiative und auch der Linkspartei in Berlin zur Sozialisierung großer Wohnungsbestände sind sehr verdienstvoll für die Weiterentwicklung linker Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Sie haben deutlich gemacht, dass entgegen der konservativen Lesart das Grundgesetz keine Wirtschaftsordnung mit Markt und Eigentum als Domi-

[8] Mitte-links steht hier für Linke, SPD und Grüne.

nante vorschreibt. Das Grundgesetz ist offen für einen demokratischen Sozialismus. »Aus dem Rechtsgrundsatz des sozialen Rechtsstaats gibt es keine Verpflichtung für eine gemeinwirtschaftliche Ordnung. Aber der Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung stehen keine verfassungsrechtlichen Schranken entgegen.«[9]

Neben administrativen Herausforderungen bei der Bewirtschaftung der sozialisierten Wohnungsbestände ist es vor allem die Frage der Entschädigungshöhe, die ein Stressfaktor werden wird. Es gibt verfassungssystematisch gute Gründe, davon auszugehen, dass im Falle des Art. 15 GG nicht zum Marktwert entschädigt werden muss. Eine Marktwertentschädigung würde Mieter:innen und Landeshaushalt strangulieren. Die Entschädigungsfrage wird mit Sicherheit bei den Gerichten landen, genauso wie die Initiative von Bundes-SPD und CDU, die Sozialisierung in Berlin per Bundesgesetz zu torpedieren. Schnelle Ergebnisse kann es nicht geben und alles ist mit hohen Risiken verbunden. Daher sind Linke und Berliner Grüne (die hinter der Forderung nach Sozialisierung stehen) gut beraten, in der Wohnungsfrage und beim Mieter:innenschutz nicht alles auf eine Karte zu setzen.

Das IMK der Hans-Böckler-Stiftung hat passend zum Konflikt eine Machbarkeitsstudie zur Sozialisierung Berliner Wohnungsunternehmen veröffentlicht und einen grünen Haken zur Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit gesetzt. Bei der Verwaltung der neuen Wohnungsbestände rät das IMK aus Gründen der Praktikabilität zu den bestehenden Eigengesellschaften des Landes Berlin und nicht zu einer neuen Anstalt. Das ist doch mal eine konstruktive Kritik.

*Daten zu Wählerwanderungen werden nur von **Infratest Dimap** veröffentlicht. Die Daten zum Wahlverhalten der Alters- und Berufsgruppen, der Gewerkschaftsmitglieder und die zum Wahlverhalten der Geschlechter sind den Wahltagbefragungen der **Forschungsgruppe Wahlen** entnommen.*

Methodische Anmerkungen und Sozialstruktur der Wählenden

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) fragt zunächst nach dem »Erwerbsstatus« (»berufstätig, Rentner, arbeitslos, in Ausbildung«) und erst im Anschluss nach der »Berufsgruppe« (»Arbeiter, Angestellter, Beamter«). Letztere umfassen bei der FGW somit Berufstätige wie auch Rentner:innen und Erwerbslose. Dies ist beim Vergleich mit den von der ARD verbreiteten Nachwahlbefragungen von Infratest Dimap zu beachten: Hier wird nach »Beruf/Tätigkeit« gefragt und die erhobenen Werte für Arbeiter:in, Angestellte:r, Beamt:in etc. umfassen keine Rentner:innen. Dies könnte erklären, warum der in der ARD genannte Anteil von 59 Prozent AfD-Stimmen unter den Arbeiter:innen in Sachsen-Anhalt über dem der FGW (54 Prozent) liegt. Der Anteil der berufstätigen Arbeiter:innen an den Wähler:innen ist wegen der Systematik der FGW erheblich kleiner als die dort ausgewiesenen 29 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern (MV).

Des Weiteren fragt die FGW ganz allgemein, ob die Befragten Mitglied einer Gewerkschaft sind; um welche Gewerkschaft es sich handelt, wird nicht gefragt. Infratest erhebt keine Daten zu den Gewerkschaftsmitgliedern.

Zu beachten ist, dass die untersuchten Wähler:innengruppen zum Teil sehr klein und einige Befragungsergebnisse dementsprechend vorsichtig zu betrachten sind (siehe Tabelle 1). Dies gilt insbesondere auch für die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder. Deren Anteil betrug bei den diesjährigen Wahlen in Sachsen-Anhalt (ST) und Berlin (BE) zwölf, in MV sogar nur zehn Prozent. Die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder, die sich als Arbeiter:innen verstehen, ist nochmal kleiner: fünf Prozent in ST sowie je drei Prozent in MV und BE. Insgesamt gilt, dass das politische Gewicht der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund langfristig gesunkener Mitgliederzahlen abgenommen hat.

[9] Perels, Joachim (2006): Zur Verfassungsinterpretation Wolfgang Abendroths aus Anlass seines 100. Geburtstags, in: Kritische Justiz, Jg. 39, Heft 3, S. 295-302.

Tabelle 1: Soziale Zusammensetzungen der Wähler:innen (in Prozent)

	ST	MV	BE
»Berufstätige«	57	54	60
»Rentner«	28	30	20
16-29 Jahre	12	13	18
45-59 Jahre	26	25	25
60+	38	39	30
»Arbeiter«	32	29	16
»Angestellte«	44	44	52
»Beamte«	4	5	8
Gewerkschaftsmitglieder	12	10	12
Gew.+Arb.	5	3	3
Gew.+Angestellte	5	5	6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen; Wahltagbefragung

Lesebeispiel: Die Wähler:innen im Alter von 16 bis 29 Jahren umfassten 12 Prozent aller Wählenden in Sachsen-Anhalt; diejenigen in der Altersgruppe 60+ hingegen 38 Prozent und diejenigen, die ankreuzten, Gewerkschaftsmitglied zu sein, umfassten 12 Prozent.

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12